

„Schuldenbremse“ oder: Brandstifter als Feuerwehrleute

Von Jochen Nagel

Die „Schuldenbremse“ wird von Brandstiftern vorangetrieben, die sich jetzt als Feuerwehrleute ausgeben, um mit dem „Löschwasser“ auch noch die Reste des Hauses zu zerstören. Das Haus heißt „handlungsfähiger demokratischer Sozialstaat“. Ein Staat, der in der Lage ist, die Ungerechtigkeiten und sozialen Verwerfungen unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems soweit wie möglich auszugleichen.

Brandstifter sind Lobbyisten und willfährige Politiker, die in trauter Gemeinsamkeit für massive Steuergeschenke an Reiche und große Unternehmen gesorgt haben. Sie haben dem Staat systematisch eine gesunde Einnahmehasis entzogen und den Anstieg der Verschuldung verursacht, den sie heute mit großem Getöse öffentlich anprangern.

Es war nicht der Anstieg der öffentlichen Ausgaben, dieser ist - gemessen an den sozialen Aufgaben des öffentlichen Sektors - eher viel zu gering ausgefallen. Es waren die einbrechenden Einnahmen, die zur Zunahme der Schulden und zur chronischen Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben - wie zum Beispiel Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten - geführt haben.

Diese Steuergeschenkpoltik stößt inzwischen auf zunehmenden gesellschaftlichen Widerstand. Mit der Bedienung der Hoteliers wurde ein Gipfelpunkt erreicht, der den Leuten bis in die hintersten Ecken der Republik klarmachte, mit welcher brutaler Instinklosigkeit hier Klientelpolitik auf Kosten der Allgemeinheit betrieben wurde und wird.

Höchste Zeit für die Brandstifter, umzuswitchen: Inzwischen treten sie lieber als Feuerwehrleute auf und greifen den von ihnen selbst erzeugten Schuldenstand massiv an. Dabei wollen sie uns die „Schuldenbremse“ als Löschwasser verkaufen. Vorsicht: Mit diesem Löschwasser soll die sozialstaatliche Handlungsfähigkeit weiter zerstört werden!

So haben ihre Vorreiter - der (Kaum-mehr-)Steuerzahlerbund und die Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU) - bei der Anhörung im hessischen Landtag mit aller Deutlichkeit klar gemacht, dass es ihnen zentral darum geht, den drastischen Personalabbau in allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes noch verschärfter voranzutreiben. Dies, obwohl es wohl weltweit unter den entwickelten Wirtschaftsnationen keine Region mehr geben dürfte, in der die Schüler-Lehrer-Relation so schlecht ist wie in Hessen. Deutschland insgesamt hat heute schon, verglichen mit anderen Industriestaaten, einen der personell am schwächsten ausgestatteten Öffentlichen Dienste.



Jochen Nagel, Lehrer für Politik und Mathematik, ist seit 2002 Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hessen.

Und selbstverständlich haben sie auch ihre Pläne zur Wiedereinführung von Studiengebühren - sowie Einführung bzw. Erhöhung von Gebühren in den anderen Bereichen - nur vorübergehend in den Schubladen versteckt. Mit ihrer "Schuldenbremse" wollen sie auch diese Pläne wieder hervorholen.

Am 27. März 2011 soll diese „Schuldenbremse“ dem Volk als Verfassungsänderungsvorschlag zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Lobbyisten werden alles tun, um ihre wahren Absichten zu verschleiern. So sprechen sie immer wieder von Verantwortung für die kommenden Generationen und handeln täglich gerade hier verantwortungslos, wenn sie die Bildungsangebote für die jungen Menschen bereits jetzt chronisch unterfinanziert lassen.

Wir wollen das Löschwasser dieser Brandstifter nicht und lehnen ihre "Schuldenbremse" entschieden ab. Im Gegensatz zu ihnen sind wir für eine nachhaltige Haushaltspolitik, bei der Einnahmen und Ausgaben dauerhaft ins Gleichgewicht gebracht werden und der Fokus auf einem handlungsfähigen und nicht auf einem Mager-Staat liegt. Und wir sind - gemeinsam mit führenden Ökonomen - der Überzeugung, dass politische Handlungsfähigkeit nicht durch ein generelles Schuldenverbot abgewürgt werden darf.

Unter der „Schuldenbremse“ könnte Hessen in Zukunft zum Beispiel eine neue Universität nur bauen, wenn man vorher jahrelang dafür Geld zurückgelegt hat. Dies ist unsinnig wie ein Kropf und wird - wie auch bei Privatpersonen - dazu führen, dass man auf diesem Wege nie zum Ziele kommt. Dem Land bleibt dann nur übrig, zum Beispiel eine große Firma wie Bilfinger & Berger zu bitten, entsprechende Gebäude zu bauen, die man dann später anmietet. Mit Sicherheit wird dies das Land teurer kommen und lediglich der weiteren Mehrung von privatem Profit dienen.

Deshalb sagen wir: Nein zu dieser „Schuldenbremse“!

Wir sagen dies auch, weil sie keinesfalls generationengerecht ist. Im Gegenteil: Die hessische Kultusministerin, Dorothea Henzler, hat auf unserem Bildungskongress die Kürzungen im Bildungsbereich mit der "Schuldenbremse" begründet. Und wir wissen, stünde die Bremse erst einmal in der Verfassung, würden mit ihr weitere drastische Kürzungen gerade auch bei Kindern und Jugendlichen durchgesetzt.